



SACHSEN-ANHALT

IN EUROPA



## EU-Wochenspiegel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel - Nr. 12/07 22.03.2007

In dieser Woche hat Flandern nun auch offiziell seinen Beitritt zum Europäischen Netzwerk der Chemieregionen erklärt.

Dies konnte Wirtschaftsminister Haseloff mit seiner Amtskollegin Moermans am Rande des ECRN-Präsidiums in Antwerpen vereinbaren. Wirtschaftsminister Haseloff ließ dabei nicht die Gelegenheit aus, auf die besonderen Beziehungen zwischen Flandern und Sachsen-Anhalt zu verweisen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil vor rund 850 Jahren viele Flamen eine neue Heimat im Fläming im heutigen Brandenburg und Sachsen-Anhalt fanden.

Somit stehen die Chancen gut, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Chemieindustrie auch auf andere Themenfelder ausgeweitet werden kann. Dass Flandern ein interessanter Partner ist, steht außer Frage. Mit seiner Industriestruktur, seinem hohen Exportanteil und seinem regionalen Beziehungsgeflecht kann Sachsen-Anhalt davon nur profitieren. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die belgischen Regionen für ihre Kompetenzen auch das Außenvertretungsrecht haben. Somit sitzt mit Flandern nunmehr auch ein Mitglied des ECRN im Industrieministerrat.

Thomas Wobben

### ☆ Aus den Institutionen (S. 2-6)

- KOM I ⇒ Neue Studien zum nachhaltigen Verkehr
- KOM II ⇒ Neue Verbraucherstrategie
- KOM III ⇒ Klage wegen Eisenbahnpaket
- KOM IV ⇒ Beharren auf Entflechtung von Energieriesen
- KOM V ⇒ Verbesserung des Investitionsmarktes
- AdR ⇒ Fachkommission COTER

### ☆ Aus den Fachbereichen (S. 6-11)

- Forschung I ⇒ Vorsitzende der Expertenpanels
- Forschung II ⇒ Elektronische Antragstellung für 7. FRP
- Regionalpolitik ⇒ KOM sieht Vorschläge positiv
- Soziales ⇒ Konsultation zu sozialen Telefondiensten
- Gesundheit ⇒ Eu-weiter Kampf gegen HIV/ Aids und TB
- Umwelt ⇒ Klimawandel durch Steuern bekämpfen
- Medien ⇒ Strategie für mobiles Fernsehen
- Verkehr ⇒ Integriertes Konzept für TEN
- Bildung ⇒ Europa-Defizit in deutschen Schulen

### ☆ Was - Wann - Wo (S. 11-15)

- MdEP Dr. Schnellhardt ⇒ IPK Gatersleben besucht
- Energie ⇒ Minister Haseloff spricht mit Kommissar Piebalgs
- ECRN ⇒ Präsidiumssitzung in Antwerpen
- 50 Jahre Römische Verträge ⇒ Das Berliner Europafest
- Tipp ⇒ Termine am Europa-Sonntag
- Europawoche ⇒ Europaevent für Schüler

### ☆ Ausschreibungen (S. 15-19)

- Eurofund ⇒ Stellenausschreibung
- KOM ⇒ Kooperation EU- Kanada; Entwicklung integrierter Masterstudiengänge im Bereich Verbraucherschutz; END
- EIB ⇒ Erweiterung der Universitätsforschung

### ☆ Kontaktbörse (S. 19-20)

- Leonardo ⇒ Partnersuche in GB und ES
- Grundtvig ⇒ Partnergesuche aus GB und D
- 7. FRP ⇒ Partnersuche in GB

### ☆ Büro intern - TIPP (S. 20-22)

- Programm Ratspräsidentschaft ⇒ Erlebenpräsentation
- Tipp I ⇒ Euro-Mediterranes Jugendparlament
- Tipp II ⇒ Euronews mit Sondersendungen

### ☆ Kontakt-Info (S. 22-24)

## Aus den Institutionen

[zurück zum Inhalt](#)

- **Europäische Kommission (I) ⇒ Neue Studien zum nachhaltigen Verkehr (Lieb)**

Die Europäische Kommission hat den Startschuss für zwei neue Forschungsprojekte, die sich mit Fragen des nachhaltigen Verkehrs befassen, gegeben. Das **Projekt TRAENVIA** bewertet und vergleicht, wie sich verschiedene Verkehrsträger entlang des von Lissabon bis Kiew reichenden europäischen Korridors V auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft auswirken. Das „**Verbundforschungsprojekt zur Reduzierung der Luftverschmutzung in der Lombardei**“ untersucht die Möglichkeiten einer verringerten Feinstaub- und Emissionsbelastung in der italienischen Region.

Der für europäische Wissenschaft und Forschung zuständige Kommissar Janez Potočnik hat betont, dass das Thema nachhaltiger Verkehr ein drängendes sei, weil in der EU der Verkehr für ein Drittel aller in die Luft abgegebenen Giftstoffe und CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist.

Im Rahmen des Projekts TRAENVIA werden neue Ansätze für alle Arten des Land- und Seeverkehrs untersucht. Beteiligt sind Slowenien, Spanien, Italien, Frankreich, Ungarn, Portugal und die Ukraine. Bereits jetzt laufen Arbeiten zur Messung und zum Vergleich der Emissionen verschiedener Verkehrsträger. Das Projekt bewertet darüber hinaus die potenziellen Umweltvorteile von nicht straßengebundenem Verkehr und neuen Technologien.

Das zweite Projekt soll noch mehr Erkenntnisse über die Luftverschmutzung bringen. Gebiete mit überdurchschnittlichem BIP haben häufig eine hohe Verkehrsnachfrage, was dazu führt, dass hier die Belastung mit Feinstaub und Ozon kritische Werte erreicht. Das Projekt soll Aufschluss über Strategien zur Verbesserung der Luftqualität geben, die in anderen kritischen Gebieten der EU eingesetzt werden können.

**Im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms** fördert die Europäische Kommission Forschungsarbeiten zum nachhaltigen Verkehr über die nächsten sieben Jahre mit 4,1 Milliarden Euro. **Noch bis zum 3. Mai 2007 können Vorschläge zu einer Reihe von Themen eingereicht werden.**

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

[http://ec.europa.eu/transport/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/transport/index_en.html)

- **Europäische Kommission (II) ⇒ Neue Verbraucherstrategie 2007-2013 (Lieb)**

EU-Kommissarin Meglena Kuneva hat eine neue **verbraucherpolitische Strategie bis 2013** vorgestellt. Sie enthält ein Bündel mit über 20 Maßnahmen legislativer und nichtlegislativer Art. Ziel ist es, das Vertrauen in den Binnenmarkt zu stärken, damit die Verbraucher ungehindert über Grenzen hinweg einkaufen können und stets das Beste zu günstigsten Preisen und optimaler Qualität erwerben. Vorgesehen ist auch die Stärkung des Rechtsmittels der Verbraucher- und Sammelklage.

Weitergehen soll es in den kommenden Monaten mit einer Fünf-Säulen-Strategie, die u. a. die gründliche Überarbeitung der Verbraucherrechte bei

grenzübergreifenden Transaktionen zum Inhalt hat, gefolgt von einer Stärkung des Rechtsmittels der Verbraucher- und Sammelklage, neuen Vorschlägen für eine konsolidierte Erweiterung der Timesharing-Richtlinie und der Zusage, den Markt für grenzüberschreitende Kreditgeschäfte (im Rahmen der Verbraucherkreditrichtlinie) weiter zu liberalisieren. Zur Sicherung der Märkte sind u. a. vorgesehen eine Stärkung der EU-Marktaufsicht und des Schnellwarnsystems für Produktsicherheit (RAPEX), eine engere Kooperation mit den zuständigen Behörden der USA und Chinas und die Sammlung von Unfalldaten im Zusammenhang mit Produkten und Dienstleistungen sowie die Sammlung und Analyse von Daten über chemische Risiken. Gleichzeitig soll die Arbeit der Europäischen Verbraucherberatungsstellen (ECC-Net), die die Bürger über ihre Rechte als Verbraucher informieren und ihnen problemlos Möglichkeiten zur Beilegung von Streitfällen mit grenzübergreifenden Sachverhalten bieten, stärker unterstützt werden.

Verbraucherausgaben machen 58 Prozent des BIP der EU aus. Statistisch ist erwiesen, dass Firmen und Verbraucher das Potenzial, das der Binnenmarkt ihnen bietet, und speziell die neuen Möglichkeiten des elektronischen Einkaufens, nach wie vor nicht voll ausschöpfen. Der Europäische Binnenmarkt könnte der weltweit größte Einzelhandelsmarkt sein. Tatsächlich aber ist er noch immer in 27 nationale „Mini-Märkte“ zersplittert, wodurch den Verbrauchern Vorteile wie günstige Preise und größeres Angebot entgehen und der Wirtschaft in Europa eine Chance für weiteres Wachstum vorenthalten wird.

Weitere Informationen im Einzelnen finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/100&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Alle Informationen zum Thema Verbraucherschutz gibt es auf der Seite der EU-Kommission.

[http://ec.europa.eu/consumers/overview/cons\\_policy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/overview/cons_policy/index_en.htm)

- **Europäische Kommission (III) ⇒ Klage gegen Deutschland (Lieb)**

Die Europäische Kommission wird Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen, weil es **zwei Richtlinien** des so genannten „**zweiten Eisenbahnpakets**“ **noch nicht durchgesetzt** hat. Diese Richtlinien sollen Sicherheit und Interoperabilität im europäischen Schienenverkehr gewährleisten. Neben Deutschland hatten Griechenland, Spanien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Schweden, Slowenien und die Slowakische Republik eine mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission vom Oktober 2006 nicht beantwortet. Die Kommission hat deshalb beschlossen, die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

Das zweite Eisenbahnpaket musste bis zum 30. April 2006 in innerstaatliches Recht umgesetzt werden. Es beinhaltet die Richtlinie 2004/49/EG, die für uneingeschränkte Transparenz in Bezug auf die geltenden Sicherheitsvorschriften sorgen soll. Die Richtlinie definiert ein Verfahren für die Ausstellung von Sicherheitsbescheinigungen, über die jedes Eisenbahnunternehmen verfügen muss, das im europäischen Schienennetz Züge betreiben will. Nationale Sicherheitssysteme sollen so schrittweise den strengen europäischen Normen angepasst werden. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, ei-

ne unabhängige Sicherheitsbehörde sowie eine Stelle für die Untersuchung von Eisenbahnunfällen einzurichten.

Die zweite Richtlinie (2004/50/EG) die Deutschland im Rahmen des Eisenbahnpakets noch umsetzen muss, aktualisiert die bereits bestehende Rechtsvorschrift über die technische Interoperabilität. Sie will grenzüberschreitende Verkehrsdienste ermöglichen und die Fahrzeugkosten im Hochgeschwindigkeitsnetz reduzieren.

Die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung des zweiten Eisenbahnpakets werden einer getrennten Prüfung unterzogen, um festzustellen, ob sie mit den europäischen Vorschriften im Einklang stehen und diese vollständig umsetzen.

Weitere Informationen zu über Eisenbahnverkehr und Interoperabilität finden Sie unter:

[http://europa.eu.int/comm/transport/rail/index\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/transport/rail/index_de.html)

- **Europäische Kommission (IV) ⇒ Beharren auf Entflechtung bei Energieriesen (TS)**

Die EU Kommission entwirft derzeit eine Gesetzgebung im Bereich der "eigenumsrechtlichen Entflechtung" (unbundling), um die Energieerzeugung von dem Netzwerkbetrieb zu trennen. Dies geschieht gegen großen Widerstand aus Frankreich und Deutschland.

Es zeichnen sich erste Konturen der Kommissionspläne ab, die die politische Beteiligung in verbindliche Gesetzgebung umzuformen beabsichtigen, nachdem sich die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel am 8. und 9. März 2007 auf ein Programm für die zukünftige europäische Klimapolitik geeinigt hatten.

Die Beschlüsse des Gipfels, die von den Staats- und Regierungschefs der EU einstimmig angenommen wurden, betonten die Notwendigkeit einer „wirksamen Trennung der Versorgung und Erzeugung vom Betrieb der Netze (Entflechtung) auf der Grundlage unabhängig organisierter und angemessen regulierter Strukturen“.

Der Gipfel forderte außerdem eine weitere „Harmonisierung“ der Marktmacht, die Regierungen ihren nationalen Regulierungsbehörden übertragen, sowie eine Stärkung deren Unabhängigkeit von äußeren Beeinflussungen.

Dies sei der Grund, warum man die Entflechtung der Eigentumsverhältnisse in der Kommission als Lösung bevorzuge. 12 Mitgliedstaaten haben bereits ihre Gesetzgebung zur Entflechtung der Eigentumsverhältnisse – d.h. die Trennung der Energiekonzerne in Einheiten, die den Netzwerkbetrieb und die Energieerzeugung sicherstellen – sei die derzeit angestrebte Lösung, um mehr Wettbewerb zu ermöglichen.

Die sozio-ökonomische Analyse, d.h. die Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Vorschlags werde im Sommer vorgelegt werden, hieß es aus der Kommission. Der Vorschlag werde ein Teil des „Dritten Pakets“ der EU-Gesetzgebung im Bereich Energie sein und werde ebenfalls eine Richtlinie über erneuerbare Energien umfassen, um zu gewährleisten, dass 20% des EU-Energieverbrauchs bis 2020 aus Wind, Sonne oder anderen erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden.

- **Europäische Kommission (V) ⇒ Maßnahmen zur Verbesserung des EU-Investmentfondsmarktes (TS)**

Die Europäische Kommission ist in zwei spezifischen Bereichen tätig geworden, um die Wirksamkeit des EU-Binnenmarktes für Kleinanleger-Investmentfonds zu verbessern. Diese als 'OGAW' (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) bekannten Fonds verschaffen den Verbrauchern kostengünstig Zugang zu professionell verwalteten Anlagen und machen derzeit über 5.500 Mrd. EUR aus. Zum einen hat die Kommission rechtlich verbindliche Leitlinien hinsichtlich der eventuellen Einbeziehung neuer Finanzinstrumente in die Investmentfonds verabschiedet. Zum anderen hat sie einen Leitfaden über die Art und Weise herausgegeben, wie Aufnahmelandbehörden von ihren beschränkten Prüfbefugnissen Gebrauch machen sollten, wenn die OGAW in ihrem Land zum Kauf angeboten werden. Mit diesen Klarstellungen wird die erforderliche Konsistenz bei der Zulassung und dem Vertrieb von Investmentfonds in der gesamten EU sichergestellt. Im Laufe von 2007 wird die Kommission eine grundlegendere Neugestaltung des 'EU-Passes' (einmalige Zulassung) für Investmentfonds vorschlagen.

Die Kommission hat in Form einer Durchführungsrichtlinie die Bewertungskriterien festgelegt, anhand deren ermittelt werden soll, ob verschiedene Arten von Finanzinstrumenten für die Einbeziehung in die OGAW-Fonds in Frage kommen. Diese Maßnahme wird zur Beseitigung der Unsicherheit dahingehend beitragen, ob OGAW angemessen in die folgenden Finanzinstrumente investieren können: durch Forderungen unterlegte Wertpapiere ('asset backed securities'); börsennotierte geschlossene Fonds; 'Euro Commercial Papers'; indexbasierte Derivate und Kreditderivate.

Die Kommission hat die Durchführungsrichtlinie unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden ('Committee of European Securities Regulators'/ CESR) vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde sodann vom Europäischen Parlament und von den Mitgliedstaaten befürwortet. Die Mitgliedstaaten haben nun zwölf Monate Zeit, um die Durchführungsrichtlinie in ihr nationales Recht umzusetzen. Die Kommission wird diesen Prozess sehr sorgfältig verfolgen, um eine gleichwertige Anwendung in der gesamten EU sicher zu stellen.

Die Durchführungsrichtlinie wird durch weitere Arbeiten des CESR ergänzt, die die alltägliche Anwendung dieser Kriterien durch die nationalen Aufsichtsbehörden kodifizieren sollen. Dies wird ihre konsistente Umsetzung in noch größerem Maße gewährleisten. Diese CESR-Leitlinien sind unter der folgenden Adresse abrufbar: <http://www.cesr.eu/index.php?page=groups&mac=0&id=28>

Weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/ucits/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/ucits/index_de.htm)

- **AdR ⇒ Sitzung der Fachkommission COTER (MZ)**

Am 16. März 2007 tagte die Fachkommission COTER. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Bestellung neuer Berichterstatter. Sachsen-Anhalts Staatssekretär Dr. Schneider wurde zum Berichterstatter für den Vierten Kohäsionsbericht ernannt, dessen Veröffentlichung im Mai erwartet wird.

Des weiteren gab es in der Sitzung einen ersten Meinungs austausch über die Transeuropäischen Verkehrsnetze sowie die erste Erörterung des Stellungnahmeentwurfes zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft“.

Es fand eine Erörterung des Stellungnahmeentwurfes zu der „Mitteilung der Kommission – Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ statt. Hierzu stellte u. a. Staatssekretär Dr. Schneider mehrere Änderungsanträge, die sämtlich angenommen wurden. Die Fachkommission verabschiedete die Stellungnahme dann mit weit überwiegender Mehrheit. Damit fordert der Ausschuss der Regionen die Europäische Kommission auf, dem Thema „Rolle der Industrie für die regionale Entwicklung“ bei der künftigen Umsetzung der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ stärkeres Gehör zu verschaffen.

**Staatssekretär Dr. Schneider** wies ausführlich auf die nächste Sitzung der Fachkommission am 23./24. Mai 2007 in Halle/Saale hin. Er warb mit einem interessanten Programm um die Teilnahme an der Tagung und zeigte hierzu auch ansprechende Bilder von Halle und Sachsen-Anhalt im Wege einer Power Point Präsentation. Geplant ist u. a. ein auswärtiger Seminarteil, der in die Region Halle führen, und den Mitgliedern der Fachkommission zeigen soll, wie hier europäische Fördermittel erfolgreich eingesetzt wurden.

## Aus den Fachbereichen

[zurück zum Inhalt](#)

- **Forschung (I) ⇒ Vorsitzende der Expertenpanels des Europäischen Forschungsrates benannt (RG)**

Für das Begutachtungsverfahren von Anträgen an den Europäischen Forschungsrat im Rahmen des Spezifischen Programms Ideen des 7. Forschungsrahmenprogramms wurden für die einzelne Fachdisziplinen Expertenpanels eingerichtet.

Die Namen der 20 Panel Vorsitzenden für die Starting Grants des Europäischen Forschungsrates, für die das Bewerbungsverfahren mit der Ausschreibung am 22.12.06 eröffnet wurde, können auf folgender Webseite eingesehen werden: [http://erc.europa.eu/pdf/panel-chairs-stig\\_en.pdf](http://erc.europa.eu/pdf/panel-chairs-stig_en.pdf) .

- **Forschung (II) ⇒ Beginn der elektronischen Antragstellung für das 7. Forschungsrahmenprogramm (RG)**

Seit dem 19.03.07 wird die elektronische Antragstellung (Electronic Proposal Submission Service – EPSS) für Projekte im 7. Forschungsrahmenprogramm nach und nach freigegeben. Für die thematische Priorität Gesundheit im Spezifischen Programm Kooperationen und die Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrates im Spezifischen Programm Ideen ist die Nutzung bereits möglich.

Die Registrierung ist zunächst nur für potentielle Projektkoordinatoren notwendig.

Der Zugang zur elektronischen Antragstellung ist über die CORDIS-Webseite/ Ausschreibungen möglich: <http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm>.

In der Kopfzeile findet man den Link „Preparation and Submission of Proposals“. Von dort gelangt man zum Link der EPSS-Zugangseite. Bei Projekten des Spezifischen Programms Kooperationen ist die im Arbeitsprogramm zugeordnete Förderform auszuwählen.

Gemeinsam mit der elektronischen Antragstellung wurde auch ein Leitfaden veröffentlicht (EPSS Preparation and Submission Guide), der die Nutzung wesentlich erleichtert.

- **Regionalpolitik ⇒ Kommission sieht Vorschläge zur interregionalen Zusammenarbeit positiv (TW)**

Der vom Land gewählte Weg, in Analogie zur Regionalen Rahmenmaßnahme im Rahmen von INTERREG III c, eine Kooperationsvereinbarung mit interessierten Staaten und Regionen zu schließen und die Projektförderung auf der Basis gemeinsamer Projektauftrufe durchzuführen wird von der Generaldirektion Regionalpolitik unterstützt.

Dies gelte vor allem auch für das Prinzip der getrennten Mittelverwaltung in den beteiligten Partnern, sagte Frau Petrat von der INTERREG Unit der GD Region in dieser Woche.

Ähnliche äußerten sich auch Vertreter der Generaldirektion Beschäftigung, die in dieser Woche ein Fachseminar zur Umsetzung transnationaler Maßnahmen im ESF durchführten. Die Kommission machte das Angebot, die Vorschläge des Landes auf den derzeit von der GD Beschäftigung erstellten Internet-Website zu präsentieren.

- **Soziales ⇒ Konsultation zu sozialen Telefondiensten (TS / Lieb)**

Die Europäische Kommission hat am 20.März eine **öffentliche Konsultation** eingeleitet, in der es um die Frage geht, welchen gemeinsamen europaweiten Telefondiensten von sozialem Wert eine mit 116 beginnende **einheitliche gebührenfreie europäische Rufnummer** zugewiesen werden sollte. Die **Konsultation läuft bis zum 20.Mai 2007**.

Die Rechte der Kinder gehören zu den ersten Prioritäten der Mitteilung der Kommission im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie. In der Mitteilung wird auch angekündigt, dass für den Notrufdienst für Hilfe suchende Kinder und für den Notrufdienst für vermisste Kinder jeweils eine mit 116 beginnende Nummer reserviert würde.

Die eingeleitete öffentliche Konsultation ist der nächste Schritt nach der Entscheidung der Kommission vom 15. Februar, mit der die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, den sechsstelligen Rufnummernbereich, der mit den Ziffern 116 beginnt, für Dienste von sozialem Wert in Europa zu reservieren. Mit dieser Entscheidung wurde auch die erste dieser Nummern, 116000, für Notrufdienste für vermisste Kinder reserviert.

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation sollen weitere Dienste ermittelt werden, die ebenfalls eine einheitliche europaweite Nummer erhalten könnten. Derartige Dienste helfen Bürgern in Not oder tragen zu ihrem Wohlbefinden oder ihrer Sicherheit bei. Sobald die Kommission entschieden hat, welche Nummern für welche Dienste reserviert werden sollten, wird es Aufgabe der Mitgliedstaaten sein, die Nummern einzelnen Einrichtungen in ihrem Gebiet zuzuweisen.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomms/info\\_centre/documentation/public\\_consult/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomms/info_centre/documentation/public_consult/index_en.htm)

- **Gesundheit** ⇒ **EU-weiter Kampf gegen HIV/AIDS und Tuberkulose (Lieb)**

EU-Gesundheitskommissar Markos Kyprianou möchte HIV/AIDS in der gesamten EU umfassend überwachen. Auf einer Sitzung mit Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) ersuchte er das ECDC, vorbildliche Praktiken bei der HIV-Prävention in den Mitgliedstaaten und anderswo zu ermitteln. Diese sollen dann helfen, nationale AIDS-Programme zu verbessern. Kurz vor dem Welt-Tuberkulose-Tag am 24. März appellierte Kyprianou auch an die Mitgliedstaaten, mehr gegen Tuberkulose (TB) zu unternehmen.

Er betonte dass, die Bekämpfung des Wiederauflebens von HIV/AIDS in Europa in den letzten Jahren für die EU hohe Priorität erlangt hat. Eine Bedrohung gehe auch von arzneimittelresistenten TB- Stämmen aus. Zwar habe Europa eine der niedrigsten TB- Raten der Welt, doch die Anzahl der Erkrankungen in gefährdeten Bevölkerungsgruppen der EU sei angestiegen.

Kommissar Kyprianou eröffnete den Sitz des ECDC in Stockholm. Das Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten ist eine EU-Agentur, deren Aufgabe darin besteht, durch ansteckende Krankheiten entstehende Gefahren für die menschliche Gesundheit zu ermitteln, zu bewerten und darüber Bericht zu erstatten. Das Zentrum unterstützt die Arbeit der für die öffentliche Gesundheit zuständigen Behörden in der EU und in den EWR-/EFTA-Mitgliedstaaten.

Weitere Informationen erhalten Sie unter.

[http://ec.europa.eu/health/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/index_en.htm)

und auf den Seiten des ECDC <http://ecdc.europa.eu/>

- **Umwelt** ⇒ **Klimawandel durch Steuern bekämpfen (TB)**

Auf ihrem Frühjahrsgipfel am 8. und 9. März in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer verbindlichen Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20% bis 2020 (im Vergleich zu 1990) verpflichtet. Das in diesem Zusammenhang derzeit wichtigste Instrument ist das Emissionshandels-system. Da dies aber augenscheinlich allein nicht ausreicht, ist die EU aktuell bemüht, neue Lösungen für die Verringerung der Umweltverschmutzung zu finden und somit ihre gesteckten Ziele zu erreichen.

Die Kommission beabsichtigt nun am 28. März 2007 Vorschläge in einem Grünbuch für so genannte "Umweltsteuern" vorzulegen. Ziel dieser Steuern

soll es u. a. sein, Energie zu sparen und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Eine solche 'ökologische Steuerreform' soll nach Ansicht der KOM Europas Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, da dadurch die Steuerlast verlagert würde. Trotz des tw. massiven Widerstandes der Mitgliedstaaten gegen die Einführung von Steuern auf europäischer Ebene, bemühen sich die Kommission und die deutsche Ratspräsidentschaft, die 27 Mitgliedstaaten zu überzeugen, dass eine solche Maßnahme unerlässlich sei.

Der für Steuerfragen zuständige Kommissar László Kovács ist der Ansicht, dass die Kommission mit solchen Steuern 500 Millionen Verbraucher zu einer effizienteren Nutzung von Ressourcen anleiten und gleichzeitig die Wirtschaft stärken könne. Gleichzeitig ist Umweltkommissar Dimas der Ansicht, dass Instrumente, die auf den Markt ausgerichtet sind, der schnellste und einfachste Weg seien, um den Verschmutzer zahlen zu lassen.

- **Medien ⇒ Strategie für mobiles Fernsehen (Gro)**

Die EU-Kommission will eine gesamteuropäische Strategie im Mobil-TV-Markt entwickeln. Das mobile Fernsehen eröffnet Inhalts- und Diensteanbietern neue Geschäftsmöglichkeiten und kann neue Arbeitsplätze schaffen. Das Mobile Fernsehen stand auch auf der Tagesordnung eines informellen Treffens der EU-Minister für Telekommunikation. Um Marktvorteile auszuschöpfen und ein „europäisches Export-Modell“ entwickeln zu können, müssen die Mitgliedstaaten - wie bei der GSM-Norm für Handys - zusammenarbeiten. Bereits letztes Jahr hatte die EU-Kommission die Bildung des **European Mobile Broadcasting Council (EMBC)** angeregt. Dieses Forum umfasst Vertreter der Software- und Rundfunkbranche, Hardwareproduzenten und Inhalteanbieter gleichermaßen. Ergebnis soll eine Kommissionsmitteilung über das mobile Fernsehen sein, die für Mitte 2007 erscheinen soll. Die Gespräche des EMBC stocken da kaum Aussicht auf Einigung zu einem einzigen Standard für den mobilen Rundfunk in ganz Europa besteht. Entscheidend für die breite Akzeptanz des mobilen Fernsehens ist die Verfügbarkeit von Frequenzen. Derzeit werden die Möglichkeiten verschiedener Frequenzbänder wie des S- oder UHF-Bandes erforscht. Durch die Umstellung vom traditionellen analogen zum digitalen Rundfunk werden im UHF-Band Frequenzen frei. Die EU-Kommission arbeitet mit den Mitgliedstaaten in der Gruppe für **Frequenzpolitik (RSPG)** an einem EU-weiten Konzept für die Nutzung der frei werdenden Sendeplätze und die Wiederverwendung von Frequenzen. Ein erfolgreicher Mobil-TV-Markt kann sich nur entwickeln, wenn der rechtliche Rahmen transparent ist. Die EU-Kommission und nationale Behörden wollen einen Regulierungsrahmen schaffen, der Investitionen und Innovation fördert. Nur dann können die Anbieter mobiler TV-Dienste den Verbrauchern attraktive Preise anbieten. Weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/events/cebit\\_07/mobile\\_tv/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/information_society/events/cebit_07/mobile_tv/index_de.htm)

(Quelle: EU-Nachrichten)

- **Verkehr ⇒ Konzept für transeuropäische Netze (Lieb)**

Die Europäische Kommission will die europäischen Infrastrukturen besser verbinden. Ein integriertes Konzept für die transeuropäischen Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsnetze soll Synergiemöglichkeiten erforschen sowie die Vereinbarkeit von Netzentwicklung und Umweltschutz aufzeigen und

schließlich eine verbesserte Finanzierung der Netze vorschlagen. Darauf hinzuwirken, war die Aufgabe einer Lenkungsgruppe unter dem Vorsitz von Kommissionsvizepräsident Jacques Barrot, die nach einem Jahr Arbeit Bilanz zog.

Da die Problematik der transeuropäischen Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze ist jeweils ähnlich gelagert ist, sei es sinnvoll, gemeinsam Hindernisse zu orten und Lösungen zu entwickeln. Kommissar Barrot prognostizierte positive Auswirkungen auf das Wachstum, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den Umweltschutz. EU-Regional-Kommissarin Danuta Hübner zeigte sich darüber hinaus überzeugt, dass die Beschleunigung des Baus der transeuropäischen Netze den territorialen Zusammenhalt innerhalb der Union verstärken werde.

Die Verwirklichung nachhaltiger transeuropäischer Netze ist ein zentrales Anliegen der Kommission. Insbesondere das transeuropäische Verkehrsnetz wird sich positiv auf die Umwelt auswirken: ab 2020 soll es helfen, die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen jährlich um 6,3 Millionen Tonnen zu verringern. So werden beispielsweise die umweltfreundlichsten Verkehrsträger gefördert, nämlich der Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt.

Durch den Bau kombinierter Infrastrukturen könnten die Kosten und Umweltauswirkungen verschiedener Projekte erheblich verringert werden, ist die Meinung von EU-Medienkommissarin Viviane Reding

EU-Währungskommissar Joaquín Almunia erläuterte, die Finanzierung der transeuropäischen Netze solle durch ein neues europäisches Garantieinstrument gefördert und erleichtert werden. Es solle mit dem Projekt verbundenen Risiken in den ersten Betriebsjahren abfedern. Die Europäische Investitionsbank habe die Entwicklung eines solchen Instrumentes angekündigt.

Weiter Informationen finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/380&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

- **Bildung ⇒ Europa-Defizit in deutschen Klassenzimmern (Lieb)**

**Europa ist Randthema in deutschen Lehrplänen** und findet wenig Aufmerksamkeit in der Schule. Das ist das Ergebnis der **Studie „Die europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer“**, die von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland in Auftrag gegeben wurde. Die Europäische Akademie Berlin (EAB) analysierte die Rahmenlehrpläne aller deutschen Bundesländer hinsichtlich der Vermittlung von Wissen und Einstellungen zu Europa. Hintergrund sind die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK) von 1978 und 1990, die europäische Dimension im Schulunterricht zu stärken. Die heute vorgestellte Studie ist die erste vergleichende Analyse dieser Art.

Die Studie ergab, dass insbesondere Rheinland-Pfalz die Vorgaben für die Lehrpläne mit Querverweisen auf europäische Inhalte hervorragend realisiert hat. Rahmenlehrpläne in Mecklenburg-Vorpommern sind hingegen weit von einer konsequenten Umsetzung des Beschlusses der KMK entfernt. Allerdings, betonte der Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Prof. Eckart Stratschulte, könne nicht grundsätzlich von einem West-Ost-Gefälle gesprochen werden. So machten die Rahmenpläne in Sachsen recht gute Vorgaben, wäh-

rend diese in Bayern weit hinter den Möglichkeiten zurückbleiben. Als Unterrichtsgegenstand käme, so Stratenschulte weiter, die Europäische Union in allen Bundesländern vor. Der Kultusministerkonferenz gehe es aber um mehr, nämlich um das konsequente Herstellen europäischer Bezüge auch in Fächern wie Deutsch, den Fremdsprachen oder Kunst. Zudem stellte die Studie fest, dass die schulische Europabildung stark von dem Interesse und Engagement des einzelnen Lehrers abhängt. Bessere Unterrichtsmaterialien sowie mehr Unterstützung, Motivation und Fortbildung der Lehrerschaft stellen damit wirksame Instrumente dar, um den Beschluss der KMK besser umzusetzen.

Die Studie wird den Bildungsministern der Bundesländer, der Bundesbildungsministerin und den Lehrerverbänden übergeben. Die EU-Kommission wird durch die Bereitstellung von Informations- und Unterrichtsmaterial die Auseinandersetzung mit Europa im Unterricht unterstützen und die Weiterbildung von Lehrern weiterhin fördern.

**Die Studie im Internet:**

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/work\\_stuy/eab\\_studie.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/work_stuy/eab_studie.pdf)

## Was – Wann – Wo

[zurück zum Inhalt](#)

- **MdEP Dr. Schnellhardt** ⇒ **besuchte IPK Gatersleben (RG)**

Am **16.03.07** hat der sachsen-anhaltische Abgeordnete im Europäischen Parlament, Dr. Horst Schnellhardt gemeinsam mit dem Kabinettschef der Kommissarin Vivian Reding (Informationsgesellschaft und Medien), Herrn Dr. Rudolf Strohmeier, das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben besucht. Ziel der Visite war es, sich über die grüne Biotechnologie am Standort Gatersleben und aktuelle Forschungsschwerpunkte insbesondere mit Blick auf die europäische Forschungsförderung zu informieren. Zur Sprache kamen die ungünstigen Förderbedingungen für Projekte der Pflanzenforschung im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU sowie die erfolgreiche Entwicklung am IPK bei der Einwerbung von europäischen Mitteln zur Förderung der Forschung, die 2006/2007 wieder einen erfreulichen Anstieg verzeichnet. U.a. ist das IPK Mitglied in einer COST-Initiative. Die Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter diskutierten mit den Gästen auch das gesellschaftliche Klima mit dem sich die Forschung im Bereich Pflanzengenetik auseinander zu setzen hat und das leider oft nicht von der notwendigen Sachlichkeit und ausreichender Sachkenntnis geprägt ist. Dr. Schnellhardt und Dr. Strohmeier ermutigten ihre Gesprächspartner solche Problemstellungen auch in Zukunft an sie heran zu tragen, damit Schwierigkeiten besser erkannt und gelöst werden können.

Bei einem Rundgang durch das Institut zeigten sich Herr Dr. Schnellhardt und Herr Dr. Strohmeier sehr beeindruckt vom Stand der Forschungen am IPK. Besichtigt wurden die Räumlichkeiten der Arbeitsgruppe In-vitro-Erhaltung und Cryo-Lagerung sowie die Genbank.

- **Energie ⇒ Gespräch des Wirtschaftsministers Dr. Haseloff mit Energiekommissar Andris Piebalgs (TS)**

Am **21. März 2007** kam Sachsen-Anhalts Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Reiner Haseloff, im Rahmen seines zweitägigen Brüsselbesuches mit dem für Energie zuständigen EU Kommissar, Andris Piebalgs (rechts im Bild), zu einem Gespräch zusammen.



Minister Haseloff informierte, zunächst in seiner Funktion als Präsident des Netzwerkes der Europäischen Chemieregionen (ECRN), den EU-Kommissar über die Position der 14

Netzwerkspartner zum kürzlich vom Europäischen Rat verabschiedeten Europäischen Energie-Aktionsplan.

Minister Haseloff nutzte das Gespräch in Brüssel auch für eine Darstellung der Energiepolitik Sachsen-Anhalts sowie über die jüngst beschlossene Gründung eines Fraunhofer-Solarforschungszentrums in Halle, das wesentlich ermöglicht wird durch den Einsatz von EU-Mitteln zur Forschungsförderung. Piebalgs begrüßte die Entscheidung und sagte angesichts der beträchtlichen technologischen und praktischen Erfahrung Sachsen-Anhalts bei neuen Energien eine weitere Forschungsförderung zu. „Meine Einladung nach Sachsen-Anhalt hat er sofort angenommen, er freut sich auf den Besuch bei uns“, so Haseloff.



- **ECRN ⇒ Präsidiumssitzung in Antwerpen (TS)**

Am **21. März 2007** trat das Präsidium des ECRN zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Erstmals war das neueste Mitglied des Netzwerkes, die Region Flandern, Ausrichter der Veranstaltung. Die Sitzung fand in einem der größten europäischen Chemiecluster, bei Bayer in Antwerpen, statt.



Bayers Managing Director, Dr. René De Cley (Bildmitte), hieß die Vertreter der europäischen Chemieregionen herzlich in seinem Unternehmen willkommen.

Auf der Präsidiumssitzung wurde Flandern als 14. Region offiziell aufgenommen. Hierzu unterzeichneten die Vize-Premierministerin und Wirtschaftsministerin der Region Flandern, Frau Fientje Moerman (rechts im Bild) und der ECRN-Präsident, Wirtschaftsminister Dr. Haseloff (links im Bild) eine entsprechende Vereinbarung.

Das Präsidium des Netzwerks der Europäischen Chemieregionen (ECRN) hat auf seiner Beratung in Antwerpen beschlossen, die Initiative der Europäischen Kommission „Regionen für den Wirtschaftlichen Wandel (REC)“ aktiv zu unterstützen und eine „High Level Group für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Chemieindustrie“ vorzubereiten. Sie nimmt Mitte 2007 ihre Arbeit auf. Als Vertreter des Chemienetzwerks in dieser Beratergruppe von EU-Industriekommissar Günter Verheugen benannten die Präsidiumsmitglieder den ECRN-Präsidenten, Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff. Mit ihrer Regionen-Initiative will die EU-Kommission das wirtschaftliche Wachstum beleben, mehr Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der europäischen Regionen stärken. Das ECNR bietet dazu eine Kooperation mit anderen regionalen Industrienetzwerken und einen engen Dialog mit Vertretern der Industrie an. Für 2008 ist eine Konferenz zum Thema „Industrie für regionale Entwicklung“ vorgesehen.



Das ECRN-Präsidium beschloss zudem eine „Stellungnahme des ECRN zum Europäischen Aktionsplan Energie“. Darin betont sie das besondere Interesse der Chemischen Industrie an wettbewerbsfähigen und vorhersehbaren Energiepreisen. Begrüßt wird die Entscheidung des Europäischen Rates, den europaweiten internen Energiemarkt zu fördern und die grenzüberschreitenden



Kooperationen sowie die regionalen Energiekooperationen zu verbessern. Das europäische Netzwerk der Chemieregionen bittet die Kommission dringlich, einen fairen Wettbewerb mit minimaler Ineffizienz zu gewährleisten, damit ein wirklicher europäischer Energiemarkt gesichert ist. Die Netzwerkpartner unterstützen die EU-Kommission beim Bemühen, die

Energieeffizienz zu verbessern, Verhaltensänderungen beim Energieverbrauch durchzusetzen, Kohlendioxid-Emissionen zu verringern und verstärkt saubere sowie erneuerbare Energien zu nutzen.

Das ECRN beabsichtigt die Unterstützung des internationalen Erfahrungsaustausches von regional- und industriepolitischen Ansätzen sowie die Bereitstellung einer Plattform zur Diskussion mit der EU über alle Aspekte, die die Chemieregionen betreffen. (Fotos: Steinmetz)

- **50 Jahre Römische Verträge ⇒ Das Berliner Europafest (Lieb)**

Die Mitte Europas befindet sich vom 24. bis 25. März in Berlin: 27 Staats- und Regierungschefs treffen sich zur „Berliner Konferenz“. Sie wollen zum 50. Jah-

restag der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Erklärung verabschieden, die Geschichte macht.

Rund um das Brandenburger Tor wird an diesem Sonntag das Große Europafest gefeiert. Es beginnt mit einer „Europa-Nacht der Schönheit“ am Samstag, den 24. März, um 18 Uhr. Bis 2 Uhr nachts sind Ausstellungen auf der Museumsinsel und am Kulturforum (Potsdamer Platz) geöffnet. Tanz, Musik, Lesungen lösen einander ab. Karten gibt es an allen Museumskassen oder Online für 10 bis 14 Euro.

Am späten Abend startet die Europäische Clubnacht. In 35 Berliner Clubs legen rund 100 DJs auf. 30 Bands aus allen EU-Staaten spielen live. Jeder Partybesucher zahlt 12 Euro und hat dafür die ganze Nacht freien Eintritt.

Am Sonntag steigt das Europafest mit Bühnenprogramm rund um das Brandenburger Tor mit einer Ausstellung in 75 Zelten. Dabei sind die EU-Kommission, das Europäische Parlament, die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten, die Bundesministerien, der Bundesrat, das Land Berlin und viele Nichtregierungsorganisationen.

Die englische Rocklegende Joe Cocker und die italienische Sängerin Gianna Nannini spielen live. Auf dem Pariser Platz präsentiert sich die Informationstour „Europa wird 50“. In der Nähe des Brandenburger Tores öffnet die EU-Kommissionsvertretung ihre Pforten zum „Tag der Offenen Tür“. Auch der Deutsche Bundestag veranstaltet einen „Tag der Ein- und Ausblicke“.

[www.europafest2007.de](http://www.europafest2007.de)

Teilnehmende Clubs:

[www.clubcommission.de](http://www.clubcommission.de)

Programm der Museen und

Ausstellungen:

[www.smb.museum/europa](http://www.smb.museum/europa)

Quelle: EU Nachrichten 10/07

- **Tipp** ⇒ **Termine am „EUROPA-SONNTAG“ (Lieb)**

Ob in Bremen, Schwäbisch-Gmünd oder Backnang, in Dresden, Siegburg, Erfurt oder Cottbus – in ganz Deutschland wird am „Europa-Sonntag“ getagt, diskutiert, musiziert, informiert oder schlicht – gefeiert. Wer wissen möchte, was vor der eigenen Haustür sich so alles tut, kann sich auf folgender Internetseite informieren.

[www.europatermine.de](http://www.europatermine.de)

Quelle: EU Nachrichten 10/07

- **Europawoche** ⇒ **Europaevent für Schülerinnen und Schüler in Halle (RG)**

im Rahmen der Europawoche bietet am 3. Mai 2007 eine zentrale Jugendveranstaltung Schülerinnen und Schülern eine besondere Möglichkeit, sich mit der Europäischen Union zu befassen. Unter dem Motto **Europa geht weiter - 50 Jahre Römische Verträge** findet in der Händelhalle in Halle/Saale ein Jugendevent für etwa 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sekundarschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen Sachsen-Anhalts statt.

Das Rahmenprogramm wird sich zusammensetzen aus einem breiten Angebot europabezogener Aktivitäten und Informationen, aus Workshops und Po-

diumsdiskussionen mit Politikern. Es wird ein interessantes und unterhaltsames Bühnenprogramm und zahlreiche Informationsstände geben. Die Schülerinnen und Schüler werden eingeladen, die Veranstaltung durch eigene Beiträge mitzugestalten. Sie sollen europäische Themen aufgreifen und die europäische Integration aus ihrer Sicht in einer selbst gewählten Form präsentieren und diskutieren.

Das **Angebot richtet sich an alle Schulen**. Europaschulen, UNESCO-Projektschulen, Schulen, die sich an Comenius- Projekten beteiligen oder am internationalen Schüleraustausch teilnehmen, und Schulen aus Halle und Umgebung werden ganz besonders zur Bewerbung aufgefordert.

Die Anmeldefrist geht bis zum 13. April 2007. Die Anmeldung zur Veranstaltung erfolgt online auf der Internetseite [www.europa-geht-weiter.de](http://www.europa-geht-weiter.de) .

Nähere Informationen finden Sie auch im Schulverwaltungsblatt Nr. 12 vom 20. November 2006.

## Ausschreibungen

[zurück zum Inhalt](#)

Die Ausschreibungen werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, diese Dokumente sind unter folgender Webseite nachzulesen:

<http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/index.htm>

**Gegenstand:** EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN - Stellenausschreibung  
**BEKANNTMACHUNG EINES ALLGEMEINEN AUSWAHLVERFAHRENS: REFERENT FÜR PERSONALANGELEGENHEITEN**

**Referenznummer: EF/TA/07/01**

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Dublin ist eine eigenständige Einrichtung, die aufgrund einer Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften errichtet wurde. Die Europäische Stiftung veranstaltet ein allgemeines Auswahlverfahren zur Besetzung einer Stelle und zur Bildung einer Einstellungsreserve für einen

**Referenten für Personalangelegenheiten (m/w)**

Die Europäische Stiftung verfolgt eine Politik der Chancengleichheit für Frauen und Männer.

Der Referent für Personalangelegenheiten ist dem Leiter der Personalabteilung unterstellt und wird insbesondere für die Gehaltsabrechnungen der Stiftung, Haushaltsführung und -vorausschau sowie die Verwaltung des Statuts der Beamten verantwortlich sein. Es handelt sich um eine Schlüsselstellung in dem kleinen, straff geführten Personalteam und es werden von dem erfolgreichen Bewerber gute Allgemeinkenntnisse im Bereich Personalverfahren, insbesondere auf internationaler Ebene, erwartet. Darüber hinaus sollte er die Fähigkeit besitzen, weitere Aspekte der Personalverwaltung zu erfüllen und zu deren strategischer Entwicklung beizutragen.

**Fundstelle:** Abl. C 53 A vom 08.03.07

**Bewerbungsfrist:** 30.03.07

**Antragsunterlagen:** Interessierte Bewerber müssen den in dieser Ausgabe des Amtsblatts enthaltenen oder von der Website der Stiftung unter

[www.eurofound.europa.eu](http://www.eurofound.europa.eu) heruntergeladenen offiziellen Bewerbungsfragebogen verwenden.

Dieser ordnungsgemäß ausgefüllte und unterschriebene Bewerbungsfragebogen, der Lebenslauf (vorzugsweise im Format des Europäischen Lebenslaufs, siehe <http://europass.cedefop.eu.int/htm/index.htm> ) sowie das Bewerbungsschreiben in englischer Sprache und die Fotokopien der Nachweise (Befähigungsnachweise, Arbeitsbescheinigungen und alle sonstigen Nachweise für die im Bewerbungsfragebogen gemachten Angaben)

sind zu richten an:

Ms Aoife Caomhánach

Secretary to Selection Committee

(Reference EFTA/07/01)

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions

Wyattville Road

Loughlinstown

Dublin 18

Irland

E-Mail: [recruit@eurofound.europa.eu](mailto:recruit@eurofound.europa.eu)

**Gegenstand:** Europäische Kommission

**Kooperationsrahmen EU- Kanada im Bereich von Hochschulbildung, Berufsbildung und Jugend TEP- Programm (Transatlantic Exchange Partnerships)**

**Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Internet**

**AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN — GD EAC/05/2007**

Die allgemeinen Ziele des Programms sind die Förderung eines größeren Verständnisses zwischen den Völkern der EU-Mitgliedstaaten und Kanadas, einschließlich der Verbesserung der Kenntnisse ihrer jeweiligen Sprachen, Kulturen und Institutionen, und die Steigerung der Qualität der Humanressourcen in der Europäischen Gemeinschaft und in Kanada. Diese Aufforderung betrifft lediglich eine Aktion, und zwar:

**Gemeinsame Studien- und/oder Berufsbildungsgänge in der EU und Kanada**

Im Rahmen dieser Aktion werden Zusammenschlüsse von Hochschulen und Berufsbildungseinrichtungen in der EU und Kanada gefördert, um gemeinsame Studien- und/oder Berufsbildungsgänge einzurichten und zu unterstützen und die Mobilität von Studierenden und Dozenten zu verwirklichen.

Finanzhilfanträge im Rahmen dieser Aufforderung können Hochschul- und Berufsbildungseinrichtungen einreichen. Die Antragsteller müssen ihren Sitz in einem der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben.

Für die Kofinanzierung von Projekten werden schätzungsweise 0,966 Mio. EUR zur Verfügung stehen. Im Jahr 2007 werden voraussichtlich etwa sieben Projekte finanziert. Die Förderung von Seiten der EU für ein dreijähriges Projekt eines Zusammenschlusses wird höchstens 138 000 EUR betragen. Die Projektaktivitäten sollen im Oktober 2007 anlaufen und 36 Monate dauern.

**Fundstelle:** Abl. C 62 vom 16.03.07

**Bewerbungsfrist:** 31.05.07

**Antragsunterlagen:** Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und die Antragsformulare sind auf den nachstehenden Websites zu finden:

[http://ec.europa.eu/education/programmes/eu-canada/call\\_en.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/eu-canada/call_en.html)

[http://ec.europa.eu/comm/education/programmes/calls/callg\\_en.html](http://ec.europa.eu/comm/education/programmes/calls/callg_en.html)

Weitere Informationen erhalten Sie unter folgender E-Mail-Adresse:

[EACEA-EU-CANADA@ec.europa.eu](mailto:EACEA-EU-CANADA@ec.europa.eu)

Für Rückfragen steht Ihnen Referat 333 im DAAD gern zur Verfügung.

Tel: 0228 – 882 466

E-Mail: [johnen@daad.de](mailto:johnen@daad.de)

**Gegenstand:** Europäische Kommission

**AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN**

**für die Entwicklung integrierter Masterstudiengänge im Bereich Verbraucherschutz Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz**

**Nr. SANCO/2007/B/007**

**Fundstelle:** Abl. C 64 vom 20.03.07

**Bewerbungsfrist:** 05.11.07

**Antragsunterlagen:** Unterlagen können von folgender Website herunter geladen werden: [http://ec.europa.eu/consumers/tenders/information/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/tenders/information/index_en.htm)

**Gegenstand:** Europäische Kommission

**Stellenausschreibungen für nationale Sachverständige END**

EuropeAid - Amt für Zusammenarbeit (AIDCO)E.3

EuropeAid - Amt für Zusammenarbeit (AIDCO)E.4

EuropeAid - Amt für Zusammenarbeit (AIDCO) F.3

Haushalt (BUDG) B.3

Haushalt (BUDG) D.3

Wettbewerb (COMP) F.3

Wettbewerb (COMP) F.4

Generaldirektion Übersetzung (DGT) D.2

Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit (EMPL) E.1

Unternehmen und Industrie (ENTER) B.5

Unternehmen und Industrie (ENTER) I.2

Umwelt (ENV) B.1

Umwelt (ENV) C.1

Umwelt (ENV) C.4a

Umwelt (ENV) C.4b

Umwelt (ENV) C.5

Umwelt (ENV) D.1

Umwelt (ENV) G.2

Umwelt (ENV) G.3

Fischerei und maritime Angelegenheiten (FISH) 02

Fischerei und maritime Angelegenheiten (FISH) A.1

Fischerei und maritime Angelegenheiten (FISH) B.2

Fischerei und maritime Angelegenheiten (FISH) B.4

Fischerei und maritime Angelegenheiten (FISH) D.2

Informationsgesellschaft und Medien (INFO) B.5

Binnenmarkt und Dienstleistungen (MARKT) B.2

Binnenmarkt und Dienstleistungen (MARKT) D.3

Binnenmarkt und Dienstleistungen (MARKT) G.2

Regionalpolitik (REGIO) B.4

Regionalpolitik (REGIO) C.2

Regionalpolitik (REGIO) G.3

Regionalpolitik (REGIO) I.3

Auswärtige Beziehungen (RELEX) C.2

Forschung (RTD) D.2a

Forschung (RTD) D.2b

Forschung (RTD) F.5

Forschung (RTD) I.5

Energie und Verkehr (TREN) B.1

Energie und Verkehr (TREN) E.2

**Fundstelle:** Rundschreiben vom Länderbeobachter

**Bewerbungsfrist:** .16.05.07

**Auskunft erteilt.**

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Herr Katzorke

Tel.: ++32-2-787.10.39

E-Mail: [toralf.katzorke@diplo.de](mailto:toralf.katzorke@diplo.de)

**Gegenstand:** Europäische Investitionsbank

**Erweiterung der Aktion zur Förderung der Universitätsforschung (EIBURS- Programm) um neue Forschungsschwerpunkte**

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Nr. 2**

Die Europäische Investitionsbank wickelt ihre institutionelle Zusammenarbeit mit Universitäten im Wesentlichen im Rahmen ihrer Aktion zur Förderung der Universitätsforschung ab, die drei verschiedene Programme umfasst:

- **EIBURS (EIB University Research Sponsorship Programme)** — das Förderprogramm der EIB für Universitätsforschung,
- **STAREBEI (STAgés de REcherche BEI — Forschungspraktika EIB)**, ein Programm zur finanziellen Unterstützung junger Forscher, die an von der EIB und Universitäten gemeinsam durchgeführten Projekten mitarbeiten; und
- **EIB University Networks**, ein Kooperationsinstrument für Hochschulnetze, deren Arbeit von besonderer Bedeutung für die Förderung der Ziele der EIB-Gruppe ist.

Im Rahmen des **EIBURS-** Programms erhalten universitäre Forschungszentren, die sich mit Themen und Fragenkomplexen von besonderem Interesse für die EIB beschäftigen, Zuschüsse. Interessierte Fakultäten oder Universitäten angegliederte Forschungsinstitute in der EU, in den Beitrittsländern oder in den beitretenden Staaten, die über anerkanntes Fachwissen in bestimmten von der EIB ausgewählten Bereichen verfügen, können nach erfolgreicher Teilnahme an einem Auswahlverfahren über einen Zeitraum von drei Jahren Zuschüsse von maximal 100 000 EUR jährlich erhalten. Einrichtungen, die sich für die Teilnahme am EIBURS- Programm qualifiziert haben, können neben den von ihnen normalerweise durchgeführten Arbeiten weitere Forschungsaktivitäten entwickeln.

Für das akademische Jahr 2007/2008 sieht das **EIBURS-**Programm zwei neue Forschungsschwerpunkte vor:

- öffentliche Investitionen vor dem Hintergrund der Haushaltsbeschränkungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten;
- Konditionengestaltung im Bereich der Forderungsverbriefung.

**Fundstelle:** Abl. C 65 vom 21.03.07

**Bewerbungsfrist:** 21.05.07

**Antragsunterlagen:** Nähere Informationen zum Auswahlverfahren des **EIBURS**- Programms sowie zu anderen Programmen und Instrumenten können auf der Website der Bank unter [www.eib.org/universities](http://www.eib.org/universities) abgerufen werden.

## Kontaktbörse

[zurück zum Inhalt](#)

- **Leonardo ⇒ Partnersuche in UK und Spanien (Lieb)**

In Großbritannien werden Partner für ein Leonardoprojekt gesucht. „Life Chances“ ist ein Mobilitätsprojekt für Trainer und Ausbilder.

Auch in Spanien liegt der Schwerpunkt auf der Mobilität.

Kontakt und Details:

GB

Jane Griffiths

Adult Education, Shire hall, Quayside Wing, Westgate St, Gloucester GL1 2TP

Tel.: ++44 01452 425979

[Jane.griffiths@gloucestershire.gov.uk](mailto:Jane.griffiths@gloucestershire.gov.uk)

[www.gloucestershire.gov.uk](http://www.gloucestershire.gov.uk)

ES

Teresa Gálvez / Carmen Escámez

IES Almeraya

Tel.. ++ 34 950 240620

[mtgalvez@dipalme.org](mailto:mtgalvez@dipalme.org)

[cescamez@dipalme.org](mailto:cescamez@dipalme.org)

[www.iesalmeraya.com](http://www.iesalmeraya.com)

- **Grundtvig ⇒ Partnergesuch aus Großbritannien und Dresden (Lieb)**

Im Bereich der Erwachsenenbildung werden Partner in Großbritannien und Deutschland gesucht. Die Schwerpunkte bilden das Lebenslange Lernen und Innovationstransfer der sprachlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Intergration von Migranten.

Kontakt und Details:

GB

Dr Andrew Dean

Marchmont Observatory / SLIM

University of Exeter

St Lukes Campus

Exeter EX1 2LU

Tel: 01392 264925

Email: [A.Dean@exeter.ac.uk](mailto:A.Dean@exeter.ac.uk)

<http://www.swslim.org.uk>

<http://www.lifelonglearning.ac.uk>

D  
Bildungswerk OST-WEST gGmbH  
Bildungszentrum Dresden  
Ms Dr. Gudrun Hoffmann  
Löbtauer Straße 48  
D-01159 Dresden  
Fon: 0351 43912-30  
Fax: 0351 43912-40  
E-Mail: [hoffmann@bow.de](mailto:hoffmann@bow.de)  
Internet: [www.bow.de](http://www.bow.de)

- **7. FRP ⇒ Partnersuche in Großbritannien (Lieb)**

In GB werden Partner für ein Projekt im Rahmen des 7.FRP gesucht. Angesprochen sind Universitäten und Forschungseinrichtungen. Es geht um die Bekämpfung von Aids/ HIV, Malaria, TB und andere Infektionskrankheiten.

Kontakt und Details:

Hilary Arrowsmith  
Information & Communications Assistant  
West Midlands in Europe  
Avenue d'Auderghem 22-28  
Oudergemselaan 22-28  
B-1040 Brussels  
Tel: +32 (0)2 740.27.21  
Fax: +32 (0)2 740.27.20  
E-mail: [communication@westmidlandsineurope.org](mailto:communication@westmidlandsineurope.org)

[www.westmidlandsineurope.org](http://www.westmidlandsineurope.org) - representing the heart of England at the heart of Europe

## Büro intern – TIPP

[zurück zum Inhalt](#)

- **Büro intern ⇒ Präsentation zu Dorothea Erleben in der Landesvertretung (RG)**



Am 22.03.07 fand in der Landesvertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft und unter dem Thema „Frauen mit Visionen“ eine Veranstaltung über Dorothea Erleben statt, die als erste deutsche Frau 1754 an der Universität Halle in Medizin promovieren durfte. Der Staatssekretär im Kultusministerium Dr. Gramlich (Foto links) eröffnet den Abend, gefolgt von einem Grußwort des Rektors der Universität Halle, Professor Dr. Diepenbrock, der den etwa 100 Gästen der Veranstaltung die herausragende Geschichte der Universität Halle ins Bewusstsein rief und die Entwicklung der Hochschule bis in die Gegenwart nachzeichnete.

Mit ihrem Vortrag „Gelehrsamkeit schicke sich nicht für dieses Geschlecht – Gelehrte Frauen in der Frühen Neuzeit“ beschrieb Frau Professor Dr. Glaser die Bildungssituation von Frauen ab dem 18. Jahrhundert, gab einen Einblick in die persönliche Situation der Erleben, ihre vom Vater geförderte Ausbildung bis hin zur Promotion, die sie sich gegen den Widerstand ihrer Medizinkollegen in ihrem Heimatort Quedlinburg erkämpfte sowie in die gesellschaftlichen Vorurteile gegenüber dem Recht auf Bildung und der Ausübung eines Berufes für Frauen. Sie zeigte auf, wie bestimmte Vorurteile entstanden sind und sich Stereotype über die Zeit erhalten haben, die auch in der Geschlechterdiskussion der Gegenwart noch immer nicht verschwunden sind.



Um der Person der Dorothea Erleben näher zu kommen und im historischen Kontext der Aufklärung zu begreifen, wurde mit der

Veranstaltung eine Ausstellung der Zentralen Kustodie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über die erste promovierte Frau in Deutschland eröffnet. Gleichzeitig spannt die Ausstellung den Bogen zur Gegenwart und zeigt auf, wie sich der Anteil an Studentinnen und Wissenschaftlerinnen am Beispiel der Universität Halle entwickelt hat. Sie gibt ebenfalls Auskunft über den Widerhall, den die historische Leistung der Erleben durch Ehrungen, Denkmale, Literatur bis heute findet.



Gemeinsam mit dieser Ausstellung werden im Kontext „Frauen mit Visionen“ auch noch Fotografien von Bettina Flitner gezeigt. Beide Ausstellungen werden am 23.04. mit einer Finissage beendet.



Den musikalischen Rahmen des Abends gestalteten vier Musikerinnen und Musiker des Jugendsinfonieorchesters Sachsen-Anhalt mit Streichquartetten von Kurt Weill und Joseph Haydn.

- **Tipp (I) ⇒ Euro-Mediterranes Jugendparlament (Lieb)**

Mehr als 100 Jugendliche aus den 27 EU-Mitgliedstaaten und aus zwölf Mittelmeerländern kommen am 26. Mai in Berlin zusammen. Das erste Treffen dieser Art wird vom Goethe-Institut in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung „Junges Europa“ organisiert. Die Jugendlichen tagen bis 3. Juni. Auf der Tagesordnung stehen Themen wie Einwanderung, Medien und Globalisierung. [www.goethe.de/ges/eur/prj/ejp/inf/deindex.htm](http://www.goethe.de/ges/eur/prj/ejp/inf/deindex.htm)  
Quelle: EU Nachrichten 10/07

## • **Tipp (II) ⇒ Euronews mit Sondersendungen (Lieb)**

Euronews bringt eine Reihe von Sondersendungen zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der „Römischen Verträge“:

25. März: Reportagen, Berichte, Interviews vom Treffen der Staats- und Regierungschefs in Berlin, Brüssel und Rom

24.-25. März: Die „Berliner Erklärung“ – was denken die Bürger, was die Regierungsvertreter darüber? Informationen und Nachrichten

16.-22. März: Historische Sendereihe zu den EU-Verträgen: Wo und warum wurden sie geschlossen? Welches waren die treibenden Kräfte? Welche Auswirkungen hatten sie?

EuroNews ist über Antenne, Kabel, Satellit und Internet (via Livestream) zu empfangen. Beteiligt sind 20 Sender, die zur europäischen Rundfunkunion gehören.

[www.euronews.eufestwochen](http://www.euronews.eufestwochen)

Quelle: EU Nachrichten 10/07

## Wie sind wir zu erreichen

[zurück zum Inhalt](#)

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, B-1040 Brüssel  
Tel (Sekretariat) ++32.2.741.09.31  
Fax ++32.2.741.09.39

oder

[www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](http://www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)  
[vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)



**Leiter des Büros**  
**Thomas Wobben (Wo)**

Grundsatzangelegenheiten der EU

☎ ...30  
✉ [E-Mail](#)

**Stellvertretender Leiter**  
**Thomas Große (Gro)**

Presse ÖA, Info-Gesellschaft, Medien

☎ ...33  
✉ [E-Mail](#)



**Thomas Brestrich (TB)**

Landwirtschaft, Umwelt

☎ ...12  
✉ [E-Mail](#)

**Ramona Gerbig (RG)**

Bildung, Kultur, Forschung

☎ ...19  
✉ [E-Mail](#)





**Carmen Johannsen (Jo)**

Justiz, Innen u. AdR

☎ ...18  
✉ [E-Mail](#)



**Elke Liebisch (Lieb)**

WS, Besucher, Tourismus, KGRE

☎ ...32  
✉ [E-Mail](#)



**Thomas Steinmetz (TS)**

Wirtschaft, Arbeit

☎ ...10  
✉ [E-Mail](#)



**Loritta Möller (Mö)**

Finanzen, Landesentwicklung und Verkehr

☎ ...38  
✉ [E-Mail](#)

**N.N**

Sozialpolitik, Gesundheit, Verbraucher

☎ ...35  
✉ [E-Mail](#)

**Hospitation**

**N.N**

☎ ...34  
✉ [E-Mail](#)



**Verwaltung**  
**Doris Bergner (DB)**

☎ ...36  
✉ [E-Mail](#)



**Sekretariat**  
**Véronique Kieffer (VK)**

☎ ...31  
✉ [E-Mail](#)



**Praktikantin**  
**Wibke Pörschke (WP)**

☎ ...21  
✉ [E-Mail](#)



**Praktikantin**  
**Maren Ziegler (MZ)**

☎ ...22  
✉ [E-Mail](#)

**Impressum**

V.i.S.d.P.:

**Elke Liebisch**

Erscheinungsweise:

wöchentlich

Fotos:

Thomas Große (wenn nicht anders ausgewiesen)

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen, bei Rückfragen wenden Sie sich bitte direkt an den jeweiligen Mitarbeiter.